

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/136  
19. Juli 1973

Vertrauen stützt das Bündnis

-----  
Georg Lebers erfolgreiche Erkundungsfahrt  
nach Washington

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Mehr Schutz für unsere Jugend

-----  
Zum neuen Gesetzentwurf des Bundesarbeits-  
ministers

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die SPD und die Gewerkschaften

-----  
Seite 5 / 48 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressesaal I, Zimmer 217-22A  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 845 / 888 847  
SPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

### Vertrauen stützt das Bündnis

Georg Lebers erfolgreiche Erkundungsfahrt nach Washington

Der Bundesverteidigungsminister hat von seiner USA-Reise die feste Überzeugung mit nachhause gebracht, daß die Europäer volles Vertrauen in den Bündnispartner USA setzen können, und daß es daher auch keinen Anlaß mehr zu Mißtrauen gibt: "Wäre es anders, dann würde ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren können, das so und hier auszusprechen".

Georg Leber hat mit hörbarem Aufatmen darauf verweisen können, daß die Regierung der westlichen Supermacht - vertreten durch Außenminister Rush, Präsidentenberater Kissinger und Verteidigungsminister Schlesinger - alle Karten auf den Tisch gelegt hat, um über ihn, Leber, nicht nur den Deutschen zu versichern, daß es keinen Zweifel an ihrer Bündnistreue und an ihrer Entschlossenheit geben dürfe, die Bündnispflichten zu erfüllen. Man weiß, daß Leber mit einem Paket von Fragen nach Washington geflogen ist, um dort volle und rückhaltlose Auskunft über gewisse noch offene Punkte zu erhalten, die in der Bundesrepublik und im übrigen NATO-Bereich Anlaß zu Besorgnissen waren. Diese Auskunft hat er offensichtlich in einer Weise bekommen, die ihn zu sehr pointierten Erklärungen veranlaßt. Leber versichert überzeugt, daß das Wort der USA glaubwürdig sei, was ja schließlich mit in ihrem eigenen Interesse liege, und daß die USA auch Vertrauen zu uns, den Deutschen und den anderen europäischen

NATO-Partnern habe.

Dieses gegenseitige Vertrauen und die Gewißheit, dem Wort des anderen Glauben zu dürfen, besagen, daß die Sicherheit, beruhigt schlafen gehen zu können, wenn man nur am Tage wachsam genug war, nach wie vor gegeben ist. Diese Sicherheit bleibt auch trotz der jetzt vom Pentagon bestätigten Vermutung bestehen, daß der Warschaupakt seine militärischen Kräfte in der letzten Zeit erheblich verstärkt hat, denn die Kräfte des Westens reichen weiter durchaus für eine genügende Verteidigung aus, sodaß ein Angreifer nichts zu gewinnen hätte. Diese existenziell notwendige Balance kann nur erhalten bleiben, wenn vorerst keine Abstriche vom eigenen und dem Verteidigungspotential der NATO gemacht werden.

Vorerst: Das heißt noch nicht, solange es ein mögliches und erhofftes Ergebnis der Wiener MBFR-Verhandlungen - noch zu keinen verbindlichen Vereinbarungen über eine gleichzeitige und gleichgewichtige Truppenreduzierung in Zentral-europa gekommen ist. Mag sein, und wahrscheinlich wird es so sein, daß die beiden Supermächte USA und UdSSR dann den Anfang machen, aber der Tenor aller Überlegungen und Anstrengungen hat ungeachtet solcher wünschbaren und initiativreich und energisch angestrebten Entwicklungen unverändert zu lauten: Entspannung und Sicherheit. (cc/19.7.1973/ks/ee)

+ + +

### Mehr Schutz für unsere Jugend

#### Zum neuen Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministers

Gewiß läßt sich die soziale und gesellschaftliche Situation unserer Kinder und der heranwachsenden Jugend nicht mit dem Zustand vergleichen, wie ihn 1845 Friedrich Engels in seinem berühmten und epochemachenden Werk "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" beschrieben hat. Der Industriekapitalismus kannte damals keine Schonung, er setzte sich über alle humanen Grenzen und Verpflichtungen hinweg. Die hemmungslose Ausbeutung auch von Kindern und Jugendlichen gehörte zum Alltag der sich entwickelnden kapitalistischen Industrie-Gesellschaft. Zwölfjährige arbeiteten in den Bergwerken und starben eines frühen Todes. Sie starben an Auszehrung und am Frühverbrauch ihrer noch nicht ausgereiften physischen Kräfte. Friedrich Engels' Buch war ein Fanal gewesen. Es hat das Gewissen aufgerüttelt. Wenig später erfolgte, gewissermaßen als erste sozialpolitische Schutzmaßnahme, das Verbot, zwölfjährige Kinder im Bergwerk zu beschäftigen. Andere Industriestaaten folgten dem von England gesetzten Beispiel.

Die Anforderungen, vor denen sich die heutige Jugend in der spätkapitalistischen oder, um ein Modewort zu gebrauchen, nachindustriellen Gesellschaft gestellt sieht, haben im Vergleich zu den von Friedrich Engels geschilderten Zuständen andere Dimensionen. Unsere sozialpolitische Schutzgesetzgebung, ein Werk der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, läßt primitive Ausbeutung nicht mehr zu. Sie stellt sie unter Strafe. Die Frage stellt sich allerdings, ob die bisherigen, den Schutz der heranwachsenden arbeitenden Jugend betreffenden Gesetze ausreichen, eben diese Jugend unter ganz anderen Verhältnissen wie vor 150 Jahren vor Willkür und gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Offensichtlich nicht. Der Jugendarbeitsschutz ist ausbaubedürftig.

Allein im Jahre 1970 sind 70.000 Verstöße gegen die bestehenden Schutzvorschriften für Jugendliche festgestellt worden. Sie betrafen das Überschreiten der gesetzlich geregelten Arbeitszeit und das Unterlassen von ärztlichen Untersuchungen. Allein

dieser erschreckende Tatbestand, der gerade für junge Menschen schwerwiegende gesundheitliche Folgen für ihr späteres Leben nach sich ziehen kann, rechtfertigt eine Verschärfung und Ausbau der bestehenden Schutzvorschriften.

Dieser Forderung trägt der jetzt vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, veröffentlichte Gesetzentwurf zum fortschrittlichen Ausbau des Jugendarbeitsschutzes Rechnung. Seine Hauptmerkmale sind: Fünf-Tage-Woche bei 40stündiger Arbeitszeit für alle arbeitenden Jugendlichen, Verlängerung desurlaubes von 24 auf 30 Werkstage (im Bergbau unter Tage von 28 auf 34 Werkstage), Ausdehnung des Beschäftigungsverbots, Ausweitung der ärztlichen Betreuung und Vereinheitlichung der Arbeitsschutzbestimmungen für alle Jugendlichen.

Der Gesetzentwurf, der sicherlich noch viel Anlaß zur öffentlichen Diskussion geben wird, steht unter dem Motto der menschengerechten Gestaltung des Lebens. Hier ist vieles nachzuholen. Die Kultur einer Gesellschaft wird danach bewertet, wie sie mit alten Menschen umgeht und wie sie die junge Generation behandelt. Den jungen heranwachsenden Menschen vor jeglicher Ausbeutung zu schützen, seine gesundheitlichen Gefährdungen am Arbeitsplatz auf ein Mindestmaß zu reduzieren und ihm die Entfaltung seiner Fähigkeiten zu sichern, das bleibt das immerwährende Gebot des Grundgesetzes und unseres sozialen Rechtsstaates. Die arbeitende Jugend hat einen Anspruch darauf, daß in unserer Leistungsgesellschaft jeglicher Schutz gewährt wird, der sie befähigt, als gesunde und erwachsene Menschen den Anstrengungen und Anforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein.

(ae/19.7.1973/sg/ex)

- + +

## Dokumentation des SPD-Pressedienstes

### Die SPD und die Gewerkschaften

Die SPD braucht für ihre Politik der Reformen die Unterstützung der Mehrheit der Bürger. Als notwendig erkannte politische Maßnahmen können nur in dem Maße verwirklicht werden, in dem für diese Maßnahmen die Zustimmung einer Mehrheit der betroffenen Menschen errungen worden ist.

Politische Aufklärung ist deshalb die zentrale Aufgabe der Sozialdemokraten. Dabei kommt den Parlamenten auf allen Ebenen eine wichtige Aufgabe zu; sie können aber nicht allein diese Aufgabe erfüllen. Daneben ist es notwendig, den Bürgern in den gesellschaftlichen Konfliktfeldern selbst die Probleme verständlich zu machen; dabei dürfen Sozialdemokraten auch nicht davor zurückschrecken, die grundsätzlichen Widersprüche aufzuzeigen, die in unserer Gesellschaft bestehen; die Widersprüche zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum Einzelner, zwischen Not und Elend in den Randgruppen und Verschleißproduktion in der Industrie, zwischen blindem Wachstum und Gefährdung der Umwelt, etc.

Sozialdemokraten müssen ein besonderes Empfindungsvermögen für nicht artikulierte Bedürfnisse, für die Interessen der Schwachen, nicht ausreichend Vertretenen, für die noch nicht ins allgemeine Bewußtsein getretenen Ungerechtigkeiten und Mängel für politisch verdrängte Probleme und Konflikte entwickeln. Sie sollen den Menschen deutlich machen, in welchen Konflikten sie leben und wie sie diese Konflikte lösen können. Sozialdemokraten lösen aber keine Konflikte aus, um Unruhen, Unsicherheit und politische Krisen zum Umsturz, zur Gewaltanwendung, zu Maßnahmen neben der Verfassung auszunutzen.

Sozialdemokraten lehnen es deshalb ab, durch die systematische Förderung von spontanen Arbeitsniederlegungen Mechanismen der Konfliktregelung (wie Tarifverträge, Schlichtungsvorgänge etc.) zu zerstören.

Die allein legitimierten Vertreter der Arbeitnehmerschaft in Arbeits- und Lohnkämpfen sind die Gewerkschaften. Wilde Streiks verstoßen gegen die Rechtsordnung unseres Staates und zerstören die gewerkschaftliche Basis. Der Landesvorstand verurteilt daher alle Aktivitäten, die auf ihre Auslösung, Förderung und Unterstützung gerichtet sind. Er fordert, alle Mitglieder der Partei in Bayern auf, sich dementsprechend zu verhalten und die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen.

### Die SPD und das imperative Mandat

Die SPD bekennt sich eindeutig zum System des repräsentativen Mandats. Der gewählte Abgeordnete muß sich der stetigen Kritik seiner Wähler sowie der Mitglieder der ihn entsendenden Partei stellen. Mandatsträger müssen aber die Möglichkeit behalten, aktiv Politik zu gestalten, in Verhandlungen Kompromisse einzugehen und notfalls auch gegen Voten ihrer Partei zu entscheiden. Das imperative Mandat wird deshalb abgelehnt.

(Beschlüsse des SPD-Landesvorstandes Bayern vom 16. Juli 1973)

(= / 19.7.1973/ks/ex)